



# Integration konkret 2014-2017

Wie die Stadtverwaltung Bern das Leitbild zur Integrationspolitik umsetzt



# Inhalt

<b>1</b>	<b>Der Gemeinderat zu „Integration konkret 2014-2017“</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Massnahmenplan „Integration konkret 2014-2017“</b>	<b>6</b>
	Zweck des Massnahmenplans	6
	Ausgangslage	6
	Integration als Aufgabe der gesamten Verwaltung	7
	Erarbeitungsprozess	7
	Umsetzung	8
	Auswertung	9
	Rolle des Kompetenzzentrums Integration	9
<b>3</b>	<b>Fakten und Zahlen</b>	<b>10</b>
<b>4</b>	<b>Massnahmen</b>	<b>12</b>
	Handlungsfelder in der Übersicht	12
	Die Massnahmen im Einzelnen	14
	Integration als Querschnitt- und Führungsaufgabe	14
	Bildung, Sprache und Erziehung	16
	Erwerbsarbeit	18
	Freizeit, Kultur und Sport	21
	Gesundheit	23
	Mitwirkung in Politik und Gesellschaft	24
	Wohn- und Lebensraum	26
	Information und Kommunikation	28
<b>5</b>	<b>Beteiligte Stellen</b>	<b>34</b>



# 1 Der Gemeinderat zu „Integration konkret 2014-2017“



**Alexander Tschäppät, Stadtpräsident**

„Bern ist eine Weltstadt – nicht so sehr aufgrund ihrer Grösse, wohl aber dank ihrer Vielfalt. Ich bin stolz darauf, Stadtpräsident für Menschen aus über 160 Nationen zu sein und setze mich gemeinsam mit meinen Mitarbeitenden dafür ein, diese Vielfalt zu pflegen.“



**Reto Nause, Vizepräsident, Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie**

„Die Stadt Bern verfügt über eine hohe Lebensqualität. Dazu gehört, dass sich die Menschen in ihrer Stadt wohl und sicher fühlen – unabhängig von Herkunft, Alter oder Religion. Für dieses Ziel engagiert sich die Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie in ihrer täglichen Arbeit für die Berner Bevölkerung.“



**Franziska Teuscher, Direktorin für Bildung, Soziales und Sport**

„Meine Mitarbeitenden sollen bei ihrer täglichen Arbeit die Vielfalt der Stadtbevölkerung vor Augen haben. Integration konkret bedeutet, dass wir unsere Dienstleistungen auf das Wohlergehen aller Bernerinnen und Berner ausrichten – unabhängig von Nationalität, Hautfarbe, Geschlecht, Religion oder Muttersprache.“



**Ursula Wyss, Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün**

„Die Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün sorgt dafür, dass Bern eine Stadt für alle statt für wenige ist. Zum Beispiel mit unseren Parkanlagen, Spielplätzen und Familiengärten: Sie sind Begegnungsorte für die gesamte Bevölkerung und leisten somit einen wichtigen Integrationsbeitrag.“



**Alexandre Schmidt, Direktor für Finanzen, Personal und Informatik**

„Niemanden vergessen. Diesen Anspruch habe ich an unsere Gesellschaft. Die Integrationspolitik trägt dazu bei. Entscheidend sind wir alle bei unserem täglichen Umgang mit allen Mitmenschen.“

## 2 Massnahmenplan „Integration konkret 2014-2017“

### Zweck des Massnahmenplans

In der Stadt Bern leben Menschen aus 160 Staaten: Einheimische, Ausländerinnen und Ausländer, Eingebürgerte. Die Stadt Bern soll für alle Einwohnerinnen und Einwohner gleichermaßen attraktiv sein und allen dieselben Chancen bieten, ihr Potenzial zu entfalten. Entsprechend ist die Stadtverwaltung für alle da und erbringt Dienstleistungen für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Das ist ein zentrales Element der städtischen Integrationspolitik. Diese strebt die Teilhabe der Migrationsbevölkerung an den gesellschaftlichen Gütern und ihre Mitwirkung in allen Lebensbereichen an.

Der Massnahmenplan zeigt auf, wo die Stadt Bern in den nächsten vier Jahren ihre Prioritäten setzt, um diesen Grundsatz weiter voranzutreiben. Dies tut sie unter der Devise „Integration konkret 2014-2017“, welche deutlich macht: Die Stadt Bern setzt sich für die Integration der Menschen in Bern ein und gibt ihnen die Möglichkeit, Teil der Stadt zu sein, zu werden, zu bleiben.

„Integration konkret 2014-2017“ legt dar, wie die Stadtverwaltung das Leitbild zur Integrationspolitik umsetzt. Selbstverständlich findet Integration in der Stadt Bern aber nur statt, wenn alle Bernerinnen und Berner – also die Migrationsbevölkerung genauso wie die einheimische Bevölkerung – ihren Beitrag dazu leisten.

### Ausgangslage

Grundlage des vorliegenden Plans ist das Leitbild zur Integrationspolitik, das der Gemeinderat 2010 verabschiedet hat. Das Leitbild umreißt die Grundsätze und Ziele der Integrationspolitik der Stadt Bern. Ein erster Massnahmenplan dazu wurde zwischen 2011 und 2012 umgesetzt. Der vorliegende Plan führt diese Umsetzungsarbeiten weiter.

2013 sind sowohl der Aktionsplan gegen Rassismus als auch das Informationskonzept zur Umsetzung des Informationsauftrags gemäss Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer ausgelaufen. Im jetzt vorliegenden Massnahmenplan werden auch diese Schwerpunkte mit konkreten Massnahmen weitergeführt.

Der Massnahmenplan „Integration konkret 2014-2017“ ist die Grundlage für eine konzise Integrationsarbeit in den nächsten vier Jahren. Anstelle der drei erwähnten Papiere gibt es in Zukunft einen einzigen Massnahmenplan.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Alle Unterlagen auf [www.bern.ch/integration](http://www.bern.ch/integration)

## **Integration als Aufgabe der gesamten Verwaltung**

Der Gemeinderat versteht den Massnahmenplan als Instrument zur Verankerung des „Migration Mainstreaming“-Ansatzes in der Verwaltung: Migration wird in allen Arbeitsfeldern und bei allen Tätigkeiten stets mitgedacht und berücksichtigt. Denn Integration geschieht in erster Linie in den Regelstrukturen – beispielsweise in der Kita, am Schalter oder im Familiengarten – also dort, wo die städtische Verwaltung Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger erbringt. Darum setzt die Stadt Bern ihre Integrationspolitik in und mit der ganzen Verwaltung in sieben Handlungsfeldern um:

- Bildung, Sprache und Erziehung
- Erwerbsarbeit
- Freizeit, Kultur und Sport
- Gesundheit
- Mitwirkung in Politik und Gesellschaft
- Wohn- und Lebensraum
- Information und Kommunikation

In allen diesen Handlungsfeldern erbringt die Stadtverwaltung integrationspolitisch relevante Dienstleistungen. Ein übergeordnetes Handlungsfeld „Integration als Querschnitt- und Führungsaufgabe“ umfasst Massnahmen, welche die Verankerung des Integrationsgedankens in allen Tätigkeitsbereichen der Stadtverwaltung und in allen eben genannten Handlungsfeldern vorantreiben.

Der Massnahmenplan umschreibt unter Berücksichtigung der politischen und finanziellen Möglichkeiten der Stadt Bern, wie die Verwaltung die Integrationspolitik in den nächsten vier Jahren umsetzt. Selbstverständlich geschieht dies oft in Zusammenarbeit mit Dritten.

## **Erarbeitungsprozess**

Der Massnahmenplan „Integration konkret 2014-2017“ wurde in einem breit abgestützten Prozess erarbeitet. Dieser stellt im Sinne des Mainstreamings einen wichtigen Schritt dar: Beteiligte aus allen Direktionen der Verwaltung haben sich im Lauf der Erarbeitung mit der Frage auseinandergesetzt, was ihre Tätigkeit mit Integration zu tun hat und welche Dienstleistungen für wen erbracht werden. Personen der Migrationsbevölkerung sowie Fachpersonen aus dem Integrationsbereich konnten zudem ihre Anliegen einbringen. Dieser Prozess wurde von der Fachkommission für Integration begleitet. Resultat ist der vorliegende Massnahmenplan.

## Erarbeitung Massnahmenplan: Meilensteine



## Umsetzung

Der Massnahmenplan wird in den Jahren 2014 bis 2017 umgesetzt. Verantwortlich für die Umsetzung der aufgeführten Massnahmen sind die jeweils federführenden Dienststellen – sie werden dabei vom Kompetenzzentrum wenn nötig unterstützt und beraten. Die Finanzierung der Massnahmen erfolgt in den meisten Fällen aus den Budgets der federführenden Dienststellen. Bei einzelnen Massnahmen ist mit Zusatzkosten zu rechnen, welche – ausser in einem Fall – mit Drittmitteln gedeckt werden können.



## **Auswertung**

Die beteiligten Stellen werden dem Kompetenzzentrum Integration über die Umsetzung ihrer Massnahmen Bericht erstatten. Anhand dieses Controllings wird der Gemeinderat schliesslich Bilanz ziehen und über die künftige Umsetzung des Leitbildes entscheiden.

## **Rolle des Kompetenzzentrums Integration**

Das Kompetenzzentrum Integration hat den Erarbeitungsprozess des Massnahmenplans koordiniert. Es ist auch für das Controlling zuständig. Den beteiligten Stellen steht das Kompetenzzentrum Integration bei der Umsetzung von deren Massnahmen beratend zur Verfügung. Gleichzeitig setzt das Kompetenzzentrum Integration selbst eine Vielzahl von Massnahmen um.

## 3 Fakten und Zahlen

### Begriffe

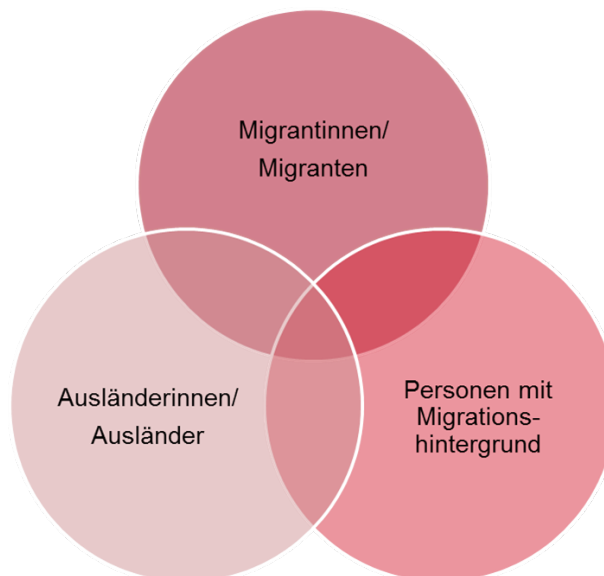
Ist im vorliegenden Papier die Rede von der **Migrationsbevölkerung**, ist Folgendes gemeint:

**Ausländerinnen und Ausländer** sind Personen, welche die schweizerische Staatsbürgerschaft nicht besitzen. Der Begriff bezieht sich alleine auf die Nationalität einer Person und sagt nichts darüber aus, ob jemand selbst zugewandert ist oder bereits hier geboren wurde.

Unter **Migrantinnen und Migranten** versteht man Personen, die im Laufe ihres Lebens ihren Lebensmittelpunkt von einem Land in ein anderes verschoben haben. Es handelt sich also um Personen, die selbst zugewandert sind. Migrantinnen und Migranten können über eine ausländische oder die schweizerische Staatsbürgerschaft – oder beides – verfügen.

Die **Bevölkerung mit Migrationshintergrund** in der Schweiz umfasst alle Personen - unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit -, deren Eltern im Ausland geboren sind. Dazu gehören einerseits Personen, die in die Schweiz eingewandert sind (Migrantinnen und Migranten) als auch deren in der Schweiz geborenen direkten Nachkommen.<sup>2</sup> In der Stadt Bern verfügt ungefähr jede dritte Person über einen Migrationshintergrund.

Die Migrationsbevölkerung:



Die Migrationsbevölkerung zeichnet sich durch grosse Heterogenität punkto Einwanderungsgründe, Aufenthaltsdauer und -sicherheit, Bildungsstand, Lebensentwürfe und

---

<sup>2</sup> Dies entspricht der Definition gemäss Bundesamt für Statistik. Siehe dazu: <http://www.bfs.admin.ch> > Bevölkerung > Migration und Integration > Indikatoren.

vielmehr aus. Entsprechend unterschiedlich sind auch die Voraussetzungen und Potenziale für das Leben in der Schweiz.

Diese Vielfalt ist Bereicherung und Herausforderung zugleich: Mit vorliegendem Massnahmenplan hat die Stadt die Herausforderung angenommen, für ein heterogenes Zielpublikum sinnvolle und zielführende Massnahmen zu entwickeln.

## **Die ausländische Wohnbevölkerung in der Stadt Bern Ende 2012**

Die 32 830 in Bern lebenden Ausländerinnen und Ausländer machen 23,8% der gesamten Wohnbevölkerung (137 818 Personen) aus. In den einzelnen Stadtteilen bewegt sich der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung auf einer Bandbreite zwischen 19,3% (Kirchenfeld-Schosshalde) und 32,3% (Bümpliz-Oberbottigen).

Während bei Schweizerinnen und Schweizern die Frauen deutlich in der Mehrheit sind, ist dies mit 15 471 Frauen und 17 359 Männern bei der ausländischen Bevölkerung umgekehrt. Die ausländische Bevölkerung ist auch jünger als die schweizerische: Bei den Kindern (0 bis 15 Jahre) haben mehr als ein Viertel keinen Schweizerpass, bei den 16- bis 25-Jährigen sogar mehr als ein Drittel. Die grösste Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer sind im erwerbsfähigen Alter. Bei den über 50-Jährigen machen Ausländerinnen und Ausländer nur noch knapp einen Zehntel der Gesamtbevölkerung aus. Mehr als ein Drittel der in der Stadt Bern wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer lebt schon 10 Jahre oder länger in der Schweiz.

Bezüglich Ausbildungsniveau hat sich in den letzten Jahren ein starker Wandel vollzogen: bei den seit Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 eingewanderten Personen weisen über 70 Prozent einen Hochschulabschluss vor.

Die Zuwanderung aus dem EU- und EFTA-Raum ist hauptsächlich eine Arbeitsmigration. Die Einwanderung aus Drittstaaten setzt sich etwa aus gleichen Teilen aus Arbeitsmigration und Familiennachzug zusammen.

## **Herkunft der ausländischen Wohnbevölkerung im Jahr 2012 – und zehn Jahre davor**

Die in Bern lebenden Ausländerinnen und Ausländer stammen Ende 2012 aus 161 verschiedenen Nationen. Gut drei Viertel aller ausländischen Personen verfügen über einen europäischen Pass. Zwischen 2002 und 2012 hat sich die Zahl der deutschen Staatsangehörigen mehr als verdoppelt: Mit 6807 Personen stellen sie die grösste ausländische Bevölkerungsgruppe, gefolgt von Personen aus Italien, Spanien, Portugal, der Türkei, Mazedonien, Kosovo und Sri Lanka.

In den vergangenen zehn Jahren am zweitstärksten zugenommen hat der Bestand portugiesischer Staatsangehöriger (+ 346), gefolgt von eritreischen (+ 337), polnischen (+ 289), chinesischen (+ 288) und russischen (+ 259) Bürgerinnen und Bürgern.

Die grössten Bestandsabnahmen verzeichnen demgegenüber klassische Einwandererländer wie Italien (– 897 Personen) und Spanien (– 781), aber auch Sri Lanka (– 830), Kroatien (– 340), Kosovo (– 320), Bosnien-Herzegowina (– 267) und Serbien (– 103). Gründe für diese Rückgänge sind Aus- oder Rückwanderung, aber auch Einbürgerungen.

## 4 Massnahmen

Dieses Kapitel beinhaltet:

- eine Übersicht über die Handlungsfelder und die übergeordneten Ziele aus dem Leitbild zur Integrationspolitik der Stadt Bern 2010 sowie Schwerpunkte der Umsetzung
- die Massnahmen im Einzelnen

### Handlungsfelder in der Übersicht

#### Integration als Querschnitt- und Führungsaufgabe

Dieses Handlungsfeld ist neu dazugekommen. Es handelt sich dabei um ein übergeordnetes Handlungsfeld im Sinne des Mainstreaming. Die Massnahmen in diesem Bereich sollen ihre Wirkung in allen weiteren Handlungsfeldern der städtischen Integrationspolitik zeigen.

*Ziel: Die Integration der Migrationsbevölkerung wird in allen Arbeitsfeldern der Stadtverwaltung stets mitberücksichtigt. Damit gewährleistet die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin und Dienstleisterin die Chancengleichheit von Personen mit Migrationshintergrund.*

Konkret heisst das: Mitarbeitende der Stadtverwaltung werden hinsichtlich der Integrationsrelevanz ihrer Arbeit geschult und sensibilisiert und fördern die Integration der Migrationsbevölkerung im Rahmen ihrer Tätigkeiten.

#### Bildung, Sprache und Erziehung

*Ziel: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund der Stadt Bern haben die gleichen Bildungschancen wie Einheimische. Die Erwachsenen haben und nutzen Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten zur Förderung der Chancengleichheit in allen Lebensbereichen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.*

Konkret heisst das: Die Stadt treibt ihre Anstrengungen im Bereich der Frühförderung voran, um möglichst vielen Kindern in der Stadt Bern einen guten Start zu ermöglichen. Sie optimiert ausserdem die Zusammenarbeit zwischen schulischen Institutionen und den Eltern.

#### Erwerbsarbeit

*Ziel: Die Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern gehen einer ihren Qualifikationen entsprechenden Erwerbsarbeit nach.*

Konkret heisst das: Die Stadt ist eine attraktive Arbeitgeberin für die Migrationsbevölkerung. Zudem macht sie Informationen zum Diskriminierungsschutz auf dem Arbeitsmarkt zugänglicher und fördert die Information und Vernetzung von Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Migrationsbevölkerung.

## **Freizeit, Kultur und Sport**

*Ziel: Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern nutzen Sport- und Freizeitaktivitäten sowie Kulturangebote als eine Möglichkeit zur Integration und zur Begegnung.*

Konkret heisst das: Die Stadt minimiert Schwellen beim Zugang der Migrationsbevölkerung zu den vielfältigen Freizeit-, Sport- und Kulturangeboten und verbessert damit deren Nutzung durch die Migrationsbevölkerung.

## **Gesundheit**

*Ziel: Die Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern erhalten und stärken ihre Gesundheit.*

Konkret heisst das: Die Stadt legt ein besonderes Augenmerk auf die Bedeutung der Zusammenarbeit mit den Eltern bei der kindlichen Entwicklung.

In den Handlungsfeldern Bildung, Sprache und Erziehung sowie Freizeit, Kultur und Sport finden sich ebenfalls Massnahmen, welche dem Erhalt und der Stärkung der Gesundheit dienen.

## **Mitwirkung in Politik und Gesellschaft**

*Ziel: Die Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern nehmen aktiv und mitbestimmend am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben teil.*

Konkret heisst das: Die Migrationsbevölkerung wird ermutigt, sich verstärkt in Entscheidungsprozesse einzubringen. Dazu werden ihre Mitwirkungsmöglichkeiten verbessert.

## **Wohn- und Lebensraum**

*Ziel: Die Lebens- und Wohnqualität der Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern entspricht derjenigen der einheimischen Bevölkerung.*

Konkret heisst das: Die Stadt berücksichtigt die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung bei der Planung von Wohnraum und der Gestaltung des öffentlichen Raumes. Sie schafft und erhält Wohn- und Begegnungsräume für alle.

## **Information und Kommunikation**

*Ziel: Den Migrantinnen und Migranten der Stadt Bern stehen die relevanten Informationen zur Verfügung und sie wissen diese zu nutzen. Die einheimische Bevölkerung ist sensibilisiert für Fragen der Integration.*

Konkret heisst das: Die Stadt sorgt dafür, dass Informationen zum Leben in Bern für die Migrationsbevölkerung zugänglich und verständlich sind – hierzu gehört insbesondere auch die Erstinformation im Rahmen des kantonalen Integrationsgesetzes. Ausserdem informiert sie die Gesamtbevölkerung über Fragen rund um Migration, Integration und Anti-Diskriminierung.

## Die Massnahmen im Einzelnen

### Integration als Querschnitt- und Führungsaufgabe

Dieses Handlungsfeld umfasst Massnahmen, welche die Verankerung des Integrationsgedankens im Sinne des Mainstreaming in allen Tätigkeitsbereichen der Stadtverwaltung und in allen oben genannten Handlungsfeldern vorantreiben.

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
1	Das Kompetenzzentrum Integration bietet verwaltungsinterne Schulung, Beratung und Information zum Themenbereich Migration und Integration. Dieses interne Dienstleistungsangebot wird optimal an die Bedürfnisse der verwaltungsinternen Kundschaft angepasst und gezielt beworben.	Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt  ab 2015	Globalbudget
2	Das Themenfeld Migration/Integration/transkulturelle Öffnung der Verwaltung ist in der Führungsausbildung verankert.	Personalamt (Ausbildung und Organisationsberatung)	wird weitergeführt	Globalbudget
3	Das Kompetenzzentrum Integration informiert Mitarbeitende der Stadtverwaltung über Rassismus und Diskriminierung in Bezug auf: Kontakt mit der Kundschaft, Zusammenarbeit im Team sowie Dienstleistungserbringung.	Kompetenzzentrum Integration	ab 2014	Globalbudget
4	Das Kompetenzzentrum Integration bietet verwaltungsintern einen Dienstleistungscheck bezüglich Zugänglichkeit der Angebote für die Migrationsbevölkerung an. Die Dienststellen erhalten im Anschluss an diesen Check massgeschneiderte Beratung und Schulung.	Kompetenzzentrum Integration	ab 2015	Globalbudget und Drittmittel

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
5	Ausschreibungen von Arbeitsstellen, die im besonderen Mass transkulturelle Kompetenzen oder Kenntnisse in Migrationssprachen erfordern, werden so formuliert, dass Personen aus der Migrationsbevölkerung explizit angesprochen werden.	Personalamt in Verbindung mit Direktionspersonaldiensten	wird weitergeführt	Globalbudget
6	Das Kompetenzzentrum Integration informiert Sozialarbeitende städtischer Stellen im Rahmen von Fachveranstaltungen über aktuelle Angebote und Entwicklungen im Bereich Migration/Integration.	Kompetenzzentrum Integration	ab 2015	Globalbudget
7	Das Alters- und Versicherungsamt berücksichtigt systematisch migrationsspezifische Aspekte in seinen Angeboten und Projekten im Bereich Alter und Migration und bringt entsprechende Anliegen in externen Institutionen ein. Die Mitarbeitenden werden für den Umgang mit einer vielfältigen Kundschaft und das Thema Diversity sensibilisiert und geschult. <sup>3</sup>	Alters- und Versicherungsamt (Bereich Alter)	wird weitergeführt	Globalbudget

<sup>3</sup> Konzept „Alter & Migration“, [www.bern.ch/ava](http://www.bern.ch/ava) > Alter > [Alter und Migration](#)

## Bildung, Sprache und Erziehung

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
8	<p>Optimierung der Elternarbeit bei Übergängen zwischen bestehenden Angeboten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• von primano zur Kindergartenstufe</li> <li>• Stärkung der Betreuungskette von neu zugezogenen Kindern ab Zeitpunkt der Einreise über den Intensivkurs Deutsch bis in die Regelklasse. Hierzu werden an einem runden Tisch mit den mit dieser Zielgruppe in Kontakt stehenden Institutionen Massnahmen definiert.</li> </ul>	Gesundheitsdienst in Verbindung mit Schulamt	ab 2014	Globalbudget
9	Neu zugezogene Kinder und Eltern werden bei Bedarf beim Übertritt von den Intensivkursen in die Regelklasse durch Lehrpersonen für heimatliche Sprache und Kultur (HSK) gecoacht (Pilotprojekt).	Schulamt	ab 2014	Globalbudget
10	Das Schulamt vertreibt die neunsprachigen DVDs zum bernischen Schulsystem an alle Eltern von Kindergarten- und Schulkindern und stellt die DVDs an Informationsveranstaltungen vor.	Schulamt	wird weitergeführt	Globalbudget
11	Die Elternräte der Stadt Bern werden für die Einbindung von Eltern aus der Migrationsbevölkerung sensibilisiert. Als Erstes ist das Thema Schwerpunkt an einem der regelmässig stattfindenden Treffen zwischen BSS-Direktorin, Elternratsdelegationen und Schulamt.	Schulamt	ab 2014	Globalbudget



Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
12	<p>Das Pilotprojekt primano wird als Regelangebot weitergeführt.</p> <p>Das Angebot wird bedarfsgerecht und flächendeckend ausgebaut (Hausbesuchsprogramm, Vernetzung) und weiterentwickelt (Vernetzung, Fördermodule in Spielgruppen).</p>	Gesundheitsdienst in Verbindung mit Jugendamt, Sozialamt (Sozialdienst) und Schulamt	wird weitergeführt  2016	Globalbudget  Finanzierung des Ausweitungs- und Folgeprojekts ist gesichert bis 2016
13	Das Kompetenzzentrum Integration konzipiert und lanciert ein Case Management für Jugendliche, die nach der obligatorischen Schulzeit aus dem Ausland in die Stadt Bern zuziehen.	Kompetenzzentrum Integration	2015-2017	Konzeption: Globalbudget Umsetzung: Drittmittel
14	Das Kompetenzzentrum Integration integriert informelle und niederschwellige Kursangebote in die bestehende elektronische Plattform zu Deutschkursen.	Kompetenzzentrum Integration	2015	Globalbudget
15	Muki-Deutschkurse werden weiterhin an verschiedenen Standorten in der Stadt angeboten.	Schulamt	wird weitergeführt	Globalbudget und Drittmittel
16	<p>Die Stadt fördert und nutzt interkulturelles Dolmetschen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschluss eines jährlichen Leistungsvertrags mit comprendi?, der Vermittlungsstelle für interkulturelle Übersetzer/innen</li> <li>• Verwaltungsinternes Bekanntmachen der comprendi-Dienstleistungen und weiterer Angebote im Bereich</li> </ul>	Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt	Globalbudget

## Erwerbsarbeit

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
17	<p>Die Stadt stellt sicher, dass die Anstellungschancen für Personen aus der Migrationsbevölkerung jenen der übrigen Bevölkerung entsprechen. Dies erfolgt mittels Sensibilisierung und Schulung von Personaldiensten und Linienvorgesetzten. Hierfür werden insbesondere folgende Gefässe genutzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Führungsausbildung</li> <li>• Personalkonferenz</li> <li>• Pegasus-Schulung</li> <li>• spezifische Workshops</li> </ul>	Direktionspersonaldienste in Verbindung mit Linienvorgesetzten und Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt	Globalbudget
18	<p>Die Stadt vergibt Lehrstellen gezielt auch an Jugendliche mit Migrationshintergrund und macht ihr Lehrstellenangebot auch für Jugendliche ohne geregelten Aufenthaltsstatus zugänglich. Bei Bedarf werden Jugendliche mit Migrationshintergrund durch Förderunterricht unterstützt.</p>	Direktionspersonaldienste	wird weitergeführt	Globalbudget
19	<p>Fremdsprachige Mitarbeitende der Stadtverwaltung werden darin unterstützt, ihre Deutschkenntnisse zu verbessern. Hierzu stehen folgende Instrumente zur Verfügung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Deutschkurse am Arbeitsplatz in Abteilungen mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Mitarbeitenden.</li> <li>• Gezielte Information von Linienvorgesetzten über die Möglichkeiten zur Förderung von Deutschkursbesuchen.</li> </ul>	Personalamt (Ausbildung und Organisationsberatung)	wird weitergeführt  ab 2014	Globalbudget

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
20	Das Kompetenzzentrum Arbeit berücksichtigt bei der Ausgestaltung seiner Programme zur beruflichen und sozialen Integration auch die spezifischen Herausforderungen und Potenziale von Migrantinnen und Migranten.	Sozialamt (Kompetenzzentrum Arbeit)	wird weitergeführt	Globalbudget
21	Die Stadt gewinnt Mitarbeitende der Stadtverwaltung für Mentorate für qualifizierte stellensuchende Migrantinnen und Migranten.	Kompetenzzentrum Integration in Verbindung mit Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann	wird weitergeführt	Globalbudget
22	Die Stadt sorgt dafür, dass Migrantinnen aus der Stadt Bern Zugang zu Informationen betreffend Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund des Geschlechts haben (Gleichstellungsgesetz).	Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann	ab 2015	Globalbudget
23	Die Stadt bereitet Informationen auf für Fragen rund um die Anstellung von ausländischen Personen (aufenthalts- und arbeitsrechtliche Fragen, Diplomanerkennung, Anstellungsmodelle etc.).	Polizeiinspektorat (Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei) in Verbindung mit Kompetenzzentrum Integration	2015	Globalbudget
24	Die Stadt setzt sich in ihrem Einflussbereich für faire Arbeitsbedingungen für Care-Arbeit in Privathaushalten ein. Zu diesem Zweck informiert und berät sie Arbeitgebende und unterstützt Care-Arbeitnehmende in der Wahrung ihrer Rechte.	Alters- und Versicherungsamt in Verbindung mit Kompetenzzentrum Integration, Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie Polizeiinspektorat (Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei)	ab 2014	Globalbudget
25	Die Stadt führt Fokusgruppengespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Migrationsbevölkerung. Gegebenenfalls werden Massnahmen erarbeitet, um allfälligem Informations- oder Unterstützungsbedarf zu begegnen.	Kompetenzzentrum Integration in Verbindung mit Wirtschaftsraum Bern	2014	Globalbudget

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
26	Nach Möglichkeit findet jährlich ein Anlass der Veranstaltungsreihe „Firmen stellen sich vor“ in einem Betrieb statt, der von einem Migranten oder einer Migrantin geführt wird.	Wirtschaftsraum Bern	ab 2014	Globalbudget

## Freizeit, Kultur und Sport

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
27	Das Jugendamt (Kinder- und Jugendförderung) erarbeitet ein mobiles Infoangebot zur Bedeutung von Freizeit und zu Freizeitangeboten. Das mobile Infoangebot ist an öffentlichen Anlässen präsent. Es ist so konzipiert, dass gezielt Migrantinnen und Migranten angesprochen werden. Auf Anfrage kann es gebucht werden.	Jugendamt	ab 2014	Globalbudget
28	Das Jugendamt und die Trägerschaft Offene Jugendarbeit TOJ optimieren das Angebot „Kontaktperson für ausländische Jugendliche“ bezüglich geschlechtergerechter Arbeit mit Migrationsjugendlichen.	Jugendamt in Verbindung mit Kompetenzzentrum Integration	2014	Globalbudget/ Leistungsvertrag
29	Das Sportamt optimiert seine Informationen über Sport und Bewegung, um die Migrationsbevölkerung besser zu erreichen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Präsentation von Sport- und Bewegungsangeboten im öffentlichen Raum mit spezifischem Fokus auf die Migrationsbevölkerung</li> <li>• Beratender Einbezug des Kompetenzzentrums Integration bei der Er- und Überarbeitung schriftlicher Informationen (Broschüren, Web-Auftritt u.a.)</li> </ul>	Sportamt	ab 2014  ab 2014	Globalbudget  Globalbudget
30	Das Sportamt bringt beim jährlichen Treffen mit der Städtischen Vereinigung für Sport SVS das Thema der interkulturellen Öffnung ein: Workshop und Planung weiterer Massnahmen.	Sportamt	2015	Globalbudget

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
31	Niederschwellige Sport- und Bewegungsprojekte für Kinder und Jugendliche werden weiterhin angeboten. Aktuell sind das die idée-sport-Projekte midnight:sports und open:Sunday, in Planung ist power:play.	Jugendamt / Sportamt	wird weitergeführt  ab 2014 (power:play)	Fonds für Kinder und Jugendliche und Globalbudget
32	Die Gewerbepolizei setzt ein Massnahmenpaket gegen Einlassverweigerung in Bars, Clubs und Discos um: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewinnung weiterer Betriebe für das Security Konzept</li> <li>• Input bei einem Austauschtreffen mit GastroBern und am Round Table mit Gastrobetrieben</li> <li>• Vertrieb von Merkblatt und Checkliste an Betreiberinnen und Betreiber von Gastrobetrieben sowie Hinweise im Gastgewerbenewsletter</li> <li>• Unterstützung des gggfon bei der Beobachtung von Einlasspraktiken in Gastrobetrieben</li> </ul>	Polizeiinspektorat (Gewerbepolizei)	ab 2014  2014  wird weitergeführt  ab 2014	Globalbudget
33	Die Abteilung Kulturelles informiert die Migrationsbevölkerung über die Fördermöglichkeiten im Kulturbereich.	Abteilung Kulturelles	ab 2014	Globalbudget
34	Bei der Vergabe von Fördergeldern werden Projekte und Initiativen berücksichtigt, die <ul style="list-style-type: none"> <li>• das kulturelle (und religiöse) Leben der Migrationsbevölkerung sichtbar machen,</li> <li>• den interkulturellen Austausch ermöglichen,</li> <li>• den Zugang der Migrationsbevölkerung zu kulturellen Angeboten erleichtern.</li> </ul>	Abteilung Kulturelles	ab 2014	Globalbudget
35	Bei der Erarbeitung der neuen Kulturstrategie werden Bedürfnisse und Angebote der Migrationsbevölkerung berücksichtigt sowie ihre Mitwirkung sichergestellt.	Abteilung Kulturelles	ab 2014	Globalbudget

## Gesundheit

In den Handlungsfeldern Bildung, Sprache und Erziehung sowie Freizeit, Kultur und Sport finden sich ebenfalls Massnahmen, welche dem Erhalt und der Stärkung der Gesundheit dienen.

<b>Nr.</b>	<b>Massnahme</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Zeitraum</b>	<b>Finanzierung</b>
36	Beispiele guter Praxis der Elternarbeit zu den Themen Ernährung und Bewegung werden weiter entwickelt und verbreitet.	Gesundheitsdienst	ab 2014	Globalbudget

## Mitwirkung in Politik und Gesellschaft

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
37	Der Anteil von Personen aus der Migrationsbevölkerung in den Quartierorganisationen wird erhoben und eine Sensibilisierung betreffend die Mitwirkung der Migrationsbevölkerung findet statt.	Aussenbeziehungen und Statistik in Verbindung mit Kompetenzzentrum Integration	ab 2014	Globalbudget
38	Das Jugendamt organisiert eine Tagung für städtische Mitarbeitende und zugewandte Kreise zum Thema Mitwirkung. Dabei werden Migrationsaspekte thematisiert.	Jugendamt in Verbindung mit Kompetenzzentrum Integration	2015 und 2017	Globalbudget
39	Die bestehenden Strukturen und Instrumente der Kinder- und Jugendmitwirkung (Kinderbüro und Kinderparlament, p_a_r_t, Ansprechpersonen für Kinder- und Jugendanliegen in den Stadtteilen) werden sichergestellt. Die hohe Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus der Migrationsbevölkerung wird erhalten.	Jugendamt	wird weitergeführt	Globalbudget
40	Die Stadt bietet der städtischen Migrationsbevölkerung jährlich eine Partizipationsplattform, um integrationspolitische Anliegen zu formulieren.	Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt	Globalbudget
41	Die ausländische Bevölkerung der Stadt Bern wird über das neue Antragsrecht von Ausländerinnen und Ausländern an den Stadtrat informiert.	Kompetenzzentrum Integration	ab 2014	Globalbudget
42	Im Rahmen der Aktionswoche der Stadt Bern gegen Rassismus ermöglicht die Stadt Organisationen der Zivilgesellschaft, sich öffentlich gegen Rassismus zu engagieren.	Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt	Globalbudget und Drittmittel



Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
43	Migrantinnen und Migranten bringen als Mitglieder im Rat der Seniorinnen und Senioren sowie in der Fachkommission für Altersfragen ihre Anliegen und Bedürfnisse ein und erarbeiten Umsetzungsempfehlungen. Das Alters- und Versicherungsamt führt die Arbeitsgruppe Alter und Migration weiter. Es bietet zudem finanzielle Unterstützung von Angeboten und Dienstleistungen für ältere Migrantinnen und Migranten oder initiiert solche selber. <sup>4</sup>	Alters- und Versicherungsamt (Bereich Alter)	wird weitergeführt	Globalbudget
44	Der Bürgerrechtsdienst erläutert zwei Mal pro Jahr im Rahmen von Informationsveranstaltungen das Einbürgerungsverfahren in der Stadt Bern.	Polizeiinspektorat (Bürgerrechtsdienst)	wird weitergeführt	Globalbudget

<sup>4</sup> Konzept „Alter & Migration“, [www.bern.ch/ava](http://www.bern.ch/ava) > Alter > [Alter und Migration](#)

## Wohn- und Lebensraum

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
45	Die Stadt fördert den gemeinnützigen und preisgünstigen Wohnungsbau mit raumplanerischen Massnahmen und durch Abgabe von Land im Baurecht.	Liegenschaftsverwaltung (Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik) in Verbindung mit Stadtplanungsamt (Wohnbauförderung)	wird weitergeführt	Globalbudget
46	Bei der Entwicklung städtischer Areale achtet die Stadt auf einen angemessenen Wohnungsmix. Es werden Wohnungen für alle Bevölkerungsgruppen bereitgestellt. Ein besonderes Augenmerk legt die Stadt auf bezahlbare Wohnungen für grosse Familien.	Liegenschaftsverwaltung	ab 2014	Globalbudget
47	Bei der Vergabe günstiger Wohnungen mit Vermietungskriterien des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik wird auf eine angemessene Berücksichtigung der Migrationsbevölkerung geachtet.	Liegenschaftsverwaltung	ab 2014	Globalbudget
48	Beim Stadtentwicklungskonzept STEK wird ein besonderes Augenmerk auf die soziale Nachhaltigkeit – insbesondere die Integration der Migrationsbevölkerung – gelegt.	Sozialplanung in Verbindung mit Stadtplanungsamt	ab 2014	Globalbudget
49	Projektleitende der Stadtverwaltung aus dem Bereich Bau und Planung werden bezüglich der Mitwirkung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen (inklusive Migrationsbevölkerung) in Planungsverfahren sensibilisiert.	Aussenbeziehungen und Statistik	ab 2014	Globalbudget

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
50	Das Kompetenzzentrum Integration aktualisiert das Informationstool „Hallo Nachbarin, hallo Nachbar“. Mit Piktogrammen und übersetzten Textbausteinen werden in Wohnhäusern, Sportanlagen, Familiengärten und weiteren öffentlichen Anlagen Regeln für das Zusammenleben kommuniziert.	Kompetenzzentrum Integration	2014	Globalbudget
51	Auf den Berner Friedhöfen sind religionsgerechte Abdankungsfeiern sowie Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen für Angehörige aller fünf Weltreligionen gewährleistet.	Stadtgrün Bern	wird weitergeführt	Globalbudget
52	Die Familiengärten der Stadt Bern sind Begegnungsort für Personen unterschiedlichster Herkunft. Stadtgrün Bern gewährleistet die Pachtmöglichkeit für alle Personen, unabhängig von der Aufenthaltsbewilligung.	Stadtgrün Bern	wird weitergeführt	Globalbudget



Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
56	<p>Das Alters- und Versicherungsamt baut seine Informationstätigkeit für ältere Migrantinnen und Migranten sowie deren Angehörige weiter aus und fördert den Austausch zwischen zugewanderten und einheimischen älteren Personen:<sup>5</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Versicherungsfragen (AHV, EL, Pensionskasse)</li> <li>• Alterspflege</li> <li>• Gesundheitsprävention</li> <li>• Entlastungsangebote für pflegende Angehörige</li> <li>• Schulung von Schlüsselpersonen; Sensibilisierung von Fachinstitutionen</li> <li>• Offene Altersarbeit; Partizipationsmöglichkeiten</li> <li>• Förderung von interkulturellen und intrakulturellen Generationenprojekten</li> </ul>	Alters- und Versicherungsamt (Bereich Alter)	wird weitergeführt	Globalbudget
57	Bei der Gesamtüberarbeitung der städtischen Website werden die spezifischen Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten berücksichtigt.	Stadtkanzlei In Verbindung mit Kompetenzzentrum Integration	2014	Investitionskredit (bewilligt)
58	<p>Die Stadt pflegt ihr Netzwerk mit Organisationen und Schlüsselpersonen der Migrationsbevölkerung und stellt ihnen spezifische Informationsgefässe zur Verfügung. Aktuell sind dies:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Informationsveranstaltung für Schlüsselpersonen der Migrationsbevölkerung</li> <li>• Infobooker – Katalog mit Informationsmodulen</li> <li>• Newsletter und Website des Kompetenzzentrums Integration</li> </ul>	Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt	Globalbudget

<sup>5</sup> Konzept „Alter & Migration“, [www.bern.ch/ava](http://www.bern.ch/ava) > Alter > Alter und Migration

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
59	Die Stadt gewinnt Botschaften und Konsulate als Informationspartner. Dadurch erschliesst sie sich einen neuen Kanal zur Information der Migrationsbevölkerung.	Stadtkanzlei	ab 2015	Finanzierung offen (Mittelbedarf: 10'000 Franken jährlich)
60	Die Stadt nutzt die Sozialen Medien, um über Integrationsangebote in der Stadt Bern zu kommunizieren.	Kompetenzzentrum Integration in Verbindung mit Informationsdienst	ab 2014	Globalbudget
61	Die Zusammenarbeit mit den Medien der Migrationsbevölkerung wird optimiert. Die Stadt lädt dazu Vertreterinnen und Vertreter dieser Medien zu einer Austauschveranstaltung ein.	Kompetenzzentrum Integration in Verbindung mit Informationsdienst	2015	Globalbudget
62	Personen, die aus dem Ausland in die Stadt Bern ziehen, werden beim Begrüssungsgespräch am Schalter der Einwohnerdienste über das Leben in der Stadt Bern informiert. Die Begrüssungsgespräche und die abgegebenen Unterlagen werden laufend optimiert.	Polizeiinspektorat (Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei) in Verbindung mit Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt	Globalbudget
63	Die Stadt gestaltet die Begrüssungsunterlagen für Neuzugezogene neu.	Stadtkanzlei	2014	Globalbudget
64	Die Begrüssungsveranstaltungen für Neuzugezogene werden reorganisiert. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Erreichung von Personen, die aus dem Ausland nach Bern ziehen.	Stadtkanzlei	2014	Globalbudget

Nr.	Massnahme	Zuständigkeit	Zeitraum	Finanzierung
65	Die Stadt führt Erstgespräche für neuzugezogene Ausländerinnen und Ausländer gemäss gesetzlichen Vorgaben ein. Besondere Beachtung schenkt sie dabei der Information von Personen, die im Familiennachzug nach Bern kommen. (Kantonales Integrationsgesetz, geplantes Inkrafttreten: 1.1.2015)	Polizeiinspektorat (Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei) in Verbindung mit Kompetenzzentrum Integration	ab 2015	Drittmittel (kantonale Mittel gesichert)
66	Die Stadt informiert und sensibilisiert die Bevölkerung im Rahmen einer Kampagne zum Thema Rassismus und Diskriminierung.	Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt	Globalbudget und Drittmittel
67	Das Kompetenzzentrum Integration setzt ein Massnahmenpaket zur Information, Vernetzung und Sensibilisierung bezüglich Zwangsheiraten und Zwangsehen um. Im Rahmen dieses Massnahmenpaketes erarbeitet es zusätzliche Informationen für Vertrauensinstitutionen.	Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt  ab 2014	Globalbudget  Globalbudget und Drittmittel
68	Die Stadt würdigt öffentlich die Leistungen von Migrantinnen und Migranten, beispielsweise im Zusammenhang mit dem internationalen Tag der Migrantinnen und Migranten (18. Dezember).	Kompetenzzentrum Integration	ab 2016	Globalbudget
69	Die Direktion für Bildung, Soziales und Sport würdigt mit der jährlichen Vergabe eines Integrations- und eines Förderpreises das Engagement verwaltungsexterner Akteurinnen und Akteure für die Integration der Migrationsbevölkerung.	Kompetenzzentrum Integration	wird weitergeführt	Globalbudget und Drittmittel

<b>Nr.</b>	<b>Massnahme</b>	<b>Zuständigkeit</b>	<b>Zeitraum</b>	<b>Finanzierung</b>
70	Die Steuerverwaltung betreibt einen Schalter in den Räumlichkeiten der Einwohnerdienste. Dort erhalten Bürgerinnen und Bürger – insbesondere auch ausländische Personen, die mit dem hiesigen Steuersystem noch wenig vertraut sind – praktische Informationen zu Steuerfragen.	Steuerverwaltung in Verbindung mit Polizeiinspektorat (Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei)	wird weitergeführt	Globalbudget
71	Der Informationsdienst bindet Schulungselemente zur diskriminierungsfreien Kommunikation in die allgemeine Kommunikationsschulung ein. Grundlage bildet der Leitfaden zur diskriminierungsfreien Kommunikation.	Informationsdienst	ab 2014	Globalbudget
72	Im Rahmen des Integrationsgesetzes wird in der Stadt Bern im Auftrag des Kantons eine Ansprechstelle Integration geschaffen. Die Stadt intensiviert damit ihre Tätigkeiten im Bereich Information und Diskriminierungsschutz und schafft neu ein Beratungsangebot für die Migrationsbevölkerung.	Kompetenzzentrum Integration	ab 2015	Drittmittel (kantonale Mittel gesichert)





## 5 Beteiligte Stellen

Koordination: Kompetenzzentrum Integration

Fachliche Begleitung: Fachkommission für Integration

	Informationsdienst INF
	Stadtkanzlei SK
Direktion für Bildung, Soziales und Sport BSS	Alters- und Versicherungsamt AVA (Bereich Alter)
	Direktionspersonaldienst DPD
	Generalsekretariat GS
	Gesundheitsdienst GSD
	Gesundheitsdienst GSD (Schulsozialarbeit SSA)
	Jugendamt JA
	Kompetenzzentrum Integration KI
	Schulamt SCH
	Sozialamt SoA (Kompetenzzentrum Arbeit KA)
	Sozialplanung
	Sportamt SA
Direktion für Finanzen, Personal und Informatik FPI	Ausbildung und Organisationsberatung AOB
	Direktionspersonaldienst DPD
	Liegenschaftsverwaltung LV
	Personalamt PA
	Steuerverwaltung STV
Präsidialdirektion PRD	Abteilung Kulturelles KUL
	Aussenbeziehungen und Statistik AUSTA
	Direktionspersonaldienst DPD
	Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann FFG
	Stadtplanungsamt SPA
	Stadtplanungsamt SPA (Wohnbauförderung)

Direktion für Sicherheit,  
Umwelt und Energie SUE

Polizeiinspektorat PI (Bürgerrechtsdienst BRD)

Direktionspersonaldienst DPD

Polizeiinspektorat PI (Einwohnerdienste, Migration und  
Fremdenpolizei EMF)

Polizeiinspektorat PI (Orts- und Gewerbepolizei OGP)

Wirtschaftsraum Bern (Wirtschaftsamt WA)

Direktion für Tiefbau,  
Verkehr und Stadtgrün TVS

Direktionspersonaldienst DPD

Stadtgrün Bern SGB